

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### **§ 1 ö**

#### **Bekanntgaben**

##### Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Kreistag in seiner vergangenen nichtöffentlichen Sitzung am 25.10.10 beschlossen hat, dem Regierungspräsidium Karlsruhe vorzuschlagen, die Stelle der Schulleitung an der Karl-Georg-Haldenwang-Schule mit der bisherigen Konrektorin, Frau Ilse Dietterle aus Simmersfeld zu besetzen.

### **§ 2 ö**

#### **Bürgerfragestunde**

Landrat Riegger erläutert, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises bei diesem Tagesordnungspunkt Fragen zu Angelegenheiten des Landkreises stellen oder auch Anregungen und Vorschläge unterbreiten können.

Daraufhin meldet sich eine Bürgerin aus Calw-Hirsau zu Wort, die der Verwaltung zunächst dafür dankt, dass der Landkreis eine Bürgerfragestunde anbietet, da ihrer Ansicht nach die Bürger mehr in die Politik einbezogen werden müssen. Sie erkundigt sich sodann nach dem Tunnelprojekt in Calw entlang der Bischofstraße und den finanziellen Auswirkungen. Landrat Riegger entgegnet, dass hierfür nicht der Landkreis, sondern die Stadt Calw zuständig sei und er deshalb auch keine Stellungnahme zu den Kosten abgeben könne.

Ferner fragt dieselbe Bürgerin nach, ob die Verbindungsstraße zwischen Hirsau und Althengstett über die Fuchsklinge nur einseitig zur Deponie hin ausgebaut wird oder so, dass sie auch als Umgehungsstraße genutzt werden kann. Der Vorsitzende muss auch bei diesem Thema auf die Zuständigkeit der Stadt Calw verweisen, die gemeinsam mit der Bahn entscheiden müsse, ob der Erdaushub über die Schiene oder die Straße zur Altablagerung Tälesbach angeliefert wird. Der Landkreis favorisiere eine Anlieferung über die Schiene. Die Bürgerin ermuntert die Verwaltung, ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter auszubauen und die Ergebnisse solche Fragestunden auch ins Internet zu stellen.

Aus der Reihe der Zuhörer werden sonst keine weiteren Fragen an die Verwaltung gestellt.

### **§ 3 ö**

#### **S-Bahnverbindung Calw – Weil der Stadt**

#### **Reaktivierung der Strecke und Gründung eines Zweckverbands**

Vorlage KT IX/74

Der Vorsitzende teilt mit, dass zur Reaktivierung der Württembergischen Schwarzwaldbahn mit dem Landkreis Böblingen – der 20 % der Kosten trägt - ein Zweckverband gegründet werden soll. Die Vorplanungen zur Reaktivierung der Schienenverbindung seien abgeschlos

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

sen und die Umsetzungsphase stehe unmittelbar bevor. Er bittet die Erste Landesbeamtin, die Kreisräte über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Frau Dr. Stöckle stellt eingangs fest, dass in das Thema Schienenverbindung in die Region Stuttgart Bewegung kommt. Es werde dabei nicht nur die Verbindung Calw – Weil der Stadt thematisiert, sondern auch eine mögliche Schienenverbindung von Nagold nach Herrenberg. Sie kündigt an, im ersten Quartal des kommenden Jahres beide Schienenverbindungen im Kreistag vorzustellen.

Anschließend informiert sie die Kreisräte über die wichtigsten Streckendaten und den Schienenverlauf der Württembergischen Schwarzwaldbahn, deren Betrieb vor 22 Jahren eingestellt worden war. Die Reaktivierung soll überwiegend auf den vorhandenen Gleisen erfolgen; lediglich auf Böblinger Gemarkung gebe es im Bereich der Hacksbergschleife (der Landkreis Böblingen verzichtet auf den Haltepunkt Schafhausen) eine Streckenänderung. Anstelle der Schleife soll ein Tunnel (Steckentaltunnel) gebaut werden, in dessen Verlauf sich auch die Kreisgrenze befindet. Folgende Haltepunkte sind für diese Schienenverbindung von Calw nach Weil der Stadt geplant: Calw (ZOB), Calw-Heumaden, Althengstett, Ostelsheim und Weil der Stadt. Seit jüngster Zeit wird nach Darlegung von Frau Dr. Stöckle auch geprüft, ob die Schienenverbindung bis zum alten Bahnhof in Calw verlängert werden kann.

Zu den Betriebsdaten teilt die Erste Landesbeamtin weiter mit, dass mit der Reaktivierung der Württembergischen Schwarzwaldbahn eine umsteigefreie Schienenverbindung von Calw nach Stuttgart geschaffen werden soll, deren Fahrzeit 58 Minuten beträgt. Die Fahrten sollen im 30-Minuten-Takt angeboten werden. Um günstige Betriebskosten zu erzielen, sei geplant, zwischen Calw und Weil der Stadt einen Kurzzug einzusetzen, der in Weil der Stadt jeweils an- bzw. abgekoppelt wird. Mit diesem Konzept werde eine komfortable und attraktive Schienenverbindung für die Fahrgäste geschaffen, die darüber hinaus für die beiden Landkreise und die Anliegerkommunen bezahlbar sei.

Das Verkehrsministerium habe die Verwaltung aufgrund der Erfahrungen mit der S 60 gebeten, die Kosten für die Schienenverbindung solide zu ermitteln. Frau Dr. Stöckle teilt mit, dass die Baukosten aus heutiger Sicht 60 Mio. EUR betragen, zu denen noch Planungskosten von 6 Mio. EUR hinzukommen. Erfreulich sei, dass 80 % der Baukosten (48 Mio. EUR) vom Bund und Land gefördert würden, so dass die beiden Landkreise und die Anliegerkommunen für das Projekt noch 18 Mio. EUR Eigenmittel aufbringen müssten.

Zum aktuellen Projektstand stellt die Erste Landesbeamtin fest, dass die Phase der Vorplanung verlassen werde und jetzt Förderanträge gestellt und Detailplanungen erstellt werden müssen. Dafür bedürfe es eines klaren Bekenntnisses der Politik. Mit der Gründung des Zweckverbands wolle die Verwaltung die bereits bestehende Planungspartnerschaft mit Böblingen rechtsverbindlich besiegeln, um die gemeinsame Aufgabenträgerschaft – die das Land nicht übernehmen möchte - wahrnehmen zu können. Der Zweckverband sei sowohl Voraussetzung, um beim Bund und dem Land Förderanträge stellen zu können als auch um in Vertragsverhandlungen mit dem Verband Region Stuttgart treten zu können. Zu den Aufgaben des Zweckverbands gehören die Planung, der Bau und der Betrieb der Württembergischen Schwarzwaldbahn. Bis zur Gründung des Zweckverbands werden nach Darlegung von Frau Dr. Stöckle Verhandlungen zwischen den Landkreisen und den Kommunen bezüglich des Verteilerschlüssels für die Investitionskosten und das Betriebskostendefizit geführt.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

In der sich anschließenden Aussprache zeigt sich Kreisrat Großmann im Namen der CDU-Fraktion erfreut darüber, dass in die Sache Bewegung gekommen ist. Bezüglich der Aufgabenträgerschaft gebe es wohl noch eine Dissonanz in der Rechtsauffassung der beiden Landkreise und dem Verband der Region Stuttgart. Dieser würde die Aufgabenträgerschaft auf der Gemarkungsfläche des Landkreises Böblingen für sich reklamieren. Dennoch werde seine Fraktion die vorgeschlagene Rechtsstruktur mittragen und dem Beschlussantrag der Verwaltung zustimmen. Kreisrat Großmann fragt nach, ob der Optimismus des Vorsitzenden berechtigt sei, wonach ab dem Jahr 2019 schon Fahrkarten für diese Schienenverbindung gelöst werden können.

Kreisrätin Esken begrüßt, dass das Bahnprojekt so weit fortgeschritten ist. Sie teilt die Bedenken ihres Vorredners hinsichtlich der Aufgabenträgerschaft und berichtet, dass sie unlängst bei einer Veranstaltung des Verbands der Region Stuttgart unfreundlich auf die bevorstehende Gründung des Zweckverbands angesprochen worden sei. Sie fragt nach, ob die Gründung des Zweckverbands Folgen für die Betriebsträgerschaft haben kann.

Kreisrat Krauss erinnert, dass die FDP-Fraktion das Vorhaben von Anfang an positiv begleitet hat und dies auch weiter tun wird. Er habe jedoch schon in der Vergangenheit moniert, dass auch in finanzieller Hinsicht frühzeitig ein Signal nach Stuttgart gesendet werden müsse. Deshalb hätte er es gerne gesehen, wenn im Haushalt Rückstellungen für dieses Projekt vorgenommen worden wären. Kreisrat Krauss befürwortet die Gründung des Zweckverbands. Damit signalisiere der Landkreis, das Schienenprojekt unbedingt haben zu wollen.

Kreisrat Luz stellt fest, dass im Gremium große Einmütigkeit darüber besteht, die S-Bahnverbindung haben zu wollen. Dies könne jedoch nur schrittweise angestrebt werden. Der nächste Schritt bestehe jetzt darin, mit dem Landkreis Böblingen einen Zweckverband zu gründen. Kreisrat Luz würde es befürworten, wenn dieser Zweckverband künftig auch der Betriebsträger der S-Bahn wäre. Er verweist in diesem Zusammenhang auf andere Landkreise, die für Schienennahverkehrsprojekte ebenfalls Zweckverbände gegründet haben. Weitere Detailfragen zur Betriebsträgerschaft und Finanzierung müssten später noch geklärt werden.

Auch Kreisrat Schwarz stimmt dem Antrag der Verwaltung zu. Die Frage eines möglichen Konfrontationskurses zum Verband der Region Stuttgart sei bereits im Verwaltungsausschuss angesprochen worden. Wichtig sei, dass es am Ende eine S-Bahnlösung gebe, da sie den höchsten Kosten-Nutzen-Faktor erziele.

Landrat Riegger dankt dem Gremium für das einmütige Votum bevor er zur Beantwortung der Fragen kommt. Er stellt fest, dass die Aufgabenträgerschaft keine Verhandlungssache zwischen dem Landkreis und der Region Stuttgart sei, sondern vom Land an die beiden Kreise übertragen worden ist. Dies sei zwar nicht im Sinne des Verbands der Region Stuttgart, stärke aber die Verhandlungsposition der Kreise, die künftig mit einer Stimme beim Verband Region Stuttgart vorsprechen können. Der Vorsitzende betont, ihm sei wichtig, mit der Region zu verhandeln und nicht gegen die Region. Dennoch wolle er in Stuttgart nicht als „Bittsteller“ auftreten, da der Landkreis etwas anzubieten habe. Zur zeitlichen Perspektive stellt Landrat Riegger fest, dass nach dem Jahr 2019 die Zuschüsse wegfallen und sich der Kreis deshalb beeilen müsse, den Zug auf die Schiene zu bekommen. Angesichts der Höhe der Zuschüsse müsse jetzt die Chance ergriffen werden, eine umsteigefreie Schienenverbindung nach Stuttgart zu schaffen.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

Die Erste Landesbeamtin ergänzt, dass der Landkreis von Anfang die Auffassung vertreten habe, dass der Verband Region Stuttgart nicht Aufgabenträger dieses Schienenprojekts sein kann, da sich laut Gesetz die Aufgabenträgerschaft des Verbands auf solche S-Bahnprojekte beschränkt, deren Anfangs- und Endhaltepunkte im Verbandsgebiet liegen. Dies sei hier nicht der Fall, da der Endhaltepunkt außerhalb des Verbandsgebiets im Landkreis Calw liegt.

Zum Abschluss der Aussprache dankt Kreisrat Bay sowohl dem derzeit im Landratsamt für den ÖPNV verantwortliche Team als auch den früheren Teams unter der Leitung von Landrat Köblitz und Landrat Zerr, die damals schon wesentliche Schritte zur Reaktivierung der Schienenverbindung eingeleitet haben.

Sodann stellt der Vorsitzende den Beschlussantrag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Reaktivierung der „Württembergischen Schwarzwaldbahn“ mit dem Ziel einer Schienenverbindung nach Stuttgart gemeinsam mit dem Landkreis Böblingen weiter voranzutreiben.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Gründung eines entsprechenden Zweckverbandes, welcher die Aufgabenträgerschaft für diesen Schienenpersonenverkehr wahrnimmt, mit dem Landkreis Böblingen vorzubereiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

(46 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

### **§ 4 ö**

#### **Einbringung Haushalt 2011**

Vorlage KT IX/75

Landrat Riegger hält nachfolgende Haushaltsrede:

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weiß nicht, wie es Ihnen in diesen Tagen geht. Aber wenn ich die Tageszeitungen lese oder die Nachrichten im Fernsehen schaue, traue ich meinen Augen und Ohren nicht. Vor einem Jahr befand sich Deutschland, befand sich Baden-Württemberg, befand sich auch dieser Landkreis mitten in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise. Und jetzt, zwölf Monate später?

Die wirtschaftliche Lage im Land hat sich in den vergangenen sechs Monaten ständig verbessert. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Auftragseingänge der Unternehmen steigen. Ob:

- Geschäftsklimaindex,
- Konjunkturbarometer oder
- aktuell die Steuerschätzung,

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa.

Die Wirtschaftsweisen sagen für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,7 % und für 2011 einen Zuwachs von 2,2 % voraus.

Auch wir im Landkreis Calw spüren die Entwicklung in Ansätzen. Die Arbeitslosenquote lag Mitte Oktober bei nur noch 3,9 % und ist damit eine der niedrigsten in ganz Baden-Württemberg. Diese Entwicklung ist positiv.

Es freut mich, dass Unternehmer und Arbeitnehmer, und dadurch auch Bund, Länder und Kommunen künftig wieder etwas mehr Geld zur Verfügung haben werden.

Aber, meine Damen und Herren, in diesem Fall teile ich jedoch die Einschätzung des englischen Schriftstellers John B. Priestley:

*„Ein Optimist ist in der Regel ein Mensch, der ungenügend informiert ist.“*

Ich gehöre ansonsten zu den Optimisten, aber angesichts meiner Informationen zu den kommunalen Finanzen mahne ich vor überzogenen Hoffnungen.

Ich freue mich, Ihnen heute meinen ersten Haushaltsplan für den Landkreis Calw vorstellen zu dürfen. Aber diese Freude wird durch den Inhalt erheblich geschmälert.

*„Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“,* sagte einmal Theodor Heuss.

Die „richtige Mitte“ zwischen Geiz und Verschwendung, zwischen Kürzen und Investieren zu finden, ist für alle Kommunen zu einer schwierigen Gratwanderung geworden. Dies gilt auch für den Landkreis Calw.

Mittlerweile müssen wir sogar aufpassen, dass durch den Sparzwang die Handlungsfähigkeit nicht verloren geht.

### **Die schlechte Haushaltslage und ihre Ursachen**

Wie wir alle wissen, war das Jahr 2009 für die Gemeinden durch die Finanz-Wirtschaftskrise ein sehr schwieriges Jahr.

Während die Städte u. Gemeinden im Haushaltsjahr 2011 etwas durchschnaufen können, durchlebt der Landkreis durch die Verzögerung des Finanzausgleichs von zwei Jahren ein sehr „dürftiges Jahr“ – wenn nicht sogar ein mageres Haushaltsjahr.

Wir kennen die Ursache für dieses Problem und es heißt sicherlich nicht kommunale Misswirtschaft, sondern lässt sich so beschreiben:

### **Immer mehr Aufgaben – immer weniger Geld in der Kasse**

Die Hauptursache für die erheblichen Belastungen sind die weg brechenden Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben. Systemfehler werden nun offensichtlich. Denn für die explodierenden Ausgaben sind wir nicht verantwortlich.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

Die Finanzzuweisungen des Bundes stehen längst nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis zu den Aufgaben, die wir hier im Kreis zu erfüllen haben. Über Zuweisungen können die Aufgaben, z. B. im Sozialbereich, nicht mehr ausreichend finanziert werden. Der Fehler liegt im System. So müssen wir besonders dann, wenn die Konjunktur schlecht läuft, „die wässrige Schuldensuppe, die der Bund uns reicht, auslöffeln und hoffen, dass trotzdem alle satt werden.“

Angesichts dieser schwierigen Lage gilt es nicht nur handlungsfähig, sondern auch zukunftsfähig zu bleiben. Das ist die Aufgabe und das Ziel für das kommende Haushaltsjahr.

So lange das Strukturproblem seitens des Gesetzgebers nicht beseitigt ist, müssen wir uns der Realität stellen, und Bestmögliches mit den uns gegebenen Mitteln erreichen.

### **Einsparungen im Haushalt**

Dass das Jahr 2011 schwierig werden würde, war bereits früh ersichtlich. Deshalb habe ich früher als in den Vorjahren die Haushaltsstrukturkommission des Kreistages zusammengerufen. Dort haben wir die Grundlage für den Haushalt 2011 geschaffen.

Gemeinsam haben wir Vorgaben definiert, die schlussendlich zu dem Ergebnis geführt haben, dass wir statt bei einem Ausfall von knapp 9 Mio. EUR bei einem veranschlagten Gesamtergebnis von + 496.000 EUR liegen werden.

Es wurden sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand gestellt. Mitgliedsbeiträge, Zuweisungen, Zuschüsse und vieles andere blieben nicht unangetastet. Auch viele kleinere Beträge wurden gestrichen.

#### **Einsparungen:**

<b>1. Im Gesamtergebnishaushalt</b>	<b>1,5 Mio. EUR</b>
-------------------------------------	---------------------

Darin z. B. enthalten: Grunderwerbsteuer, Leistungsbeteiligung Bund Harz IV, Abschreibung auf Anlagen

<b>2. Personal</b>	<b>474.000 EUR</b>
--------------------	--------------------

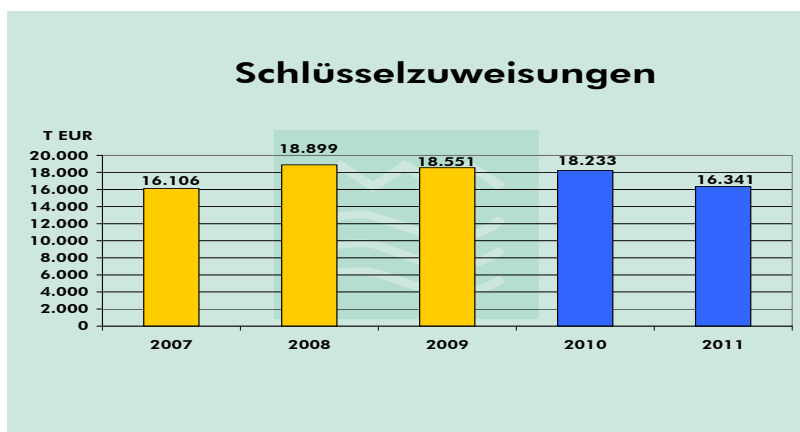
<b>3. Investitionen</b>	<b>3,6 Mio. EUR</b>
-------------------------	---------------------

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

### Eckdaten Kreishaushalt 2011

Auf der **Einnahmenseite** waren die geringeren Einnahmen bei den Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage der Hauptgrund für Sparmaßnahmen.

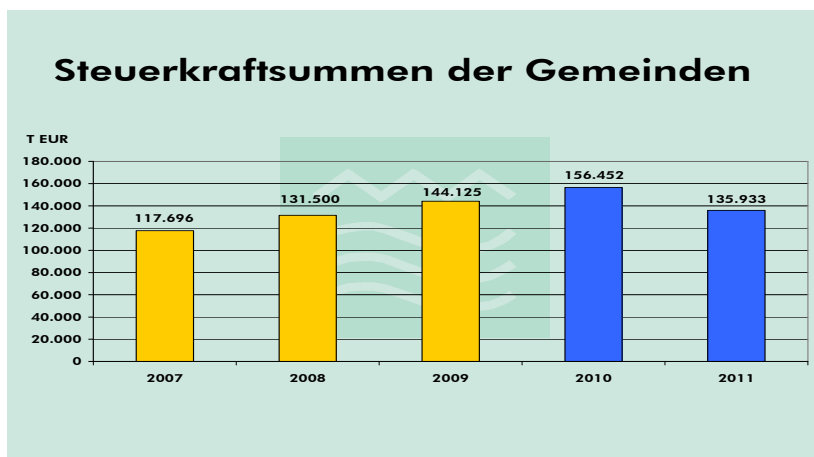
Die Schlüsselzuweisungen sind von 507 EUR auf 438 EUR pro Einwohner im Jahr 2011 gefallen. Hier fehlen uns im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung acht Mio. EUR für das Jahr 2011.



Gleichzeitig ist die Steuerkraftsumme der Gemeinden des LK Calw von 156 auf 136 Mio. gesunken. Dies bedeutet einen Rückgang um ca. 20,5 Mio., also um 12,9 %.

Diesen dramatischen Steuereinbruch kann der Landkreis nicht ausgleichen.

Erfreulich auf der Einnahmeseite ist, dass wir bei der **Grunderwerbsteuer** mit einem Plus von 0,5 Mio. EUR, also insgesamt mit 4,5 Mio. EUR, rechnen können.



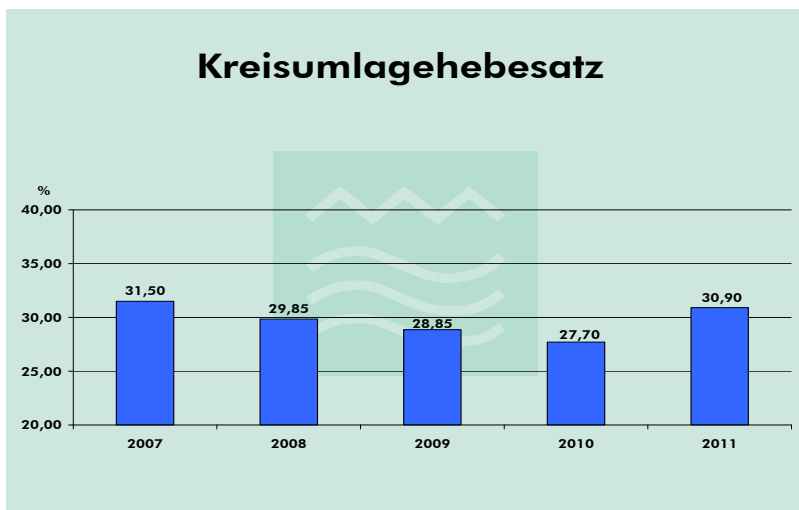
Dem stehen auf der **Ausgabenseite** Mehraufwendungen vor allem im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe gegenüber.

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

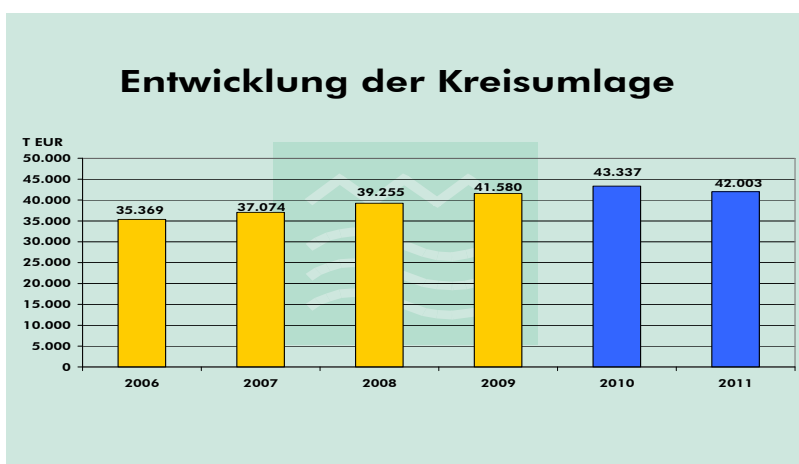
Hätten wir alle Einnahmenreduzierungen über die Kreisumlage ausgleichen wollen, so wären wir bei einer Kreisumlage von 34 % gelandet. Eine solche Erhöhung halte ich für unsere Kommunen nicht für angemessen.

Sie wissen, dass ich hier an dieser Stelle im Kreistag mit dem Anspruch angetreten bin, den Kommunen ein fairer Partner zu sein. Daran möchte ich mich gerade in schwierigen Zeiten bei der Aufstellung des Haushaltsplanes messen lassen.

Mein Ziel war es daher, eine moderate Erhöhung der Kreisumlage zu erreichen. Dank der Arbeit der Haushaltsstrukturkommission schlage ich eine Kreisumlage von 30,9 Punkten vor.



Bei diesem Hebesatz würde der Landkreis einen Gesamtbetrag von rund 42 Mio. einnehmen. (Der Teilhaushalt Jugend / Soziales liegt mit 58,7 Mio. einiges höher als die Gesamtsumme der Kreisumlage). Daran können Sie erkennen, dass wir eine moderate Erhöhung der Kreisumlage benötigen.



In der Konsequenz erhalten wir trotz des gestiegenen Hebesatzes für unsere Aufgaben, die wir auch für die Gemeinden ausführen, insgesamt 1,3 Mio. weniger.

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

Dies ist in meinen Augen ein sehr fairer Beitrag und ein Signal an die Gemeinden, dass wir in schwieriger Haushaltslage Sie nicht weiter belasten, sondern in der Gesamtsumme unter dem Strich sogar entlasten.

Im landesweiten Vergleich liegt der Landkreis deutlich unter der prognostizierten Anhebung des Hebesatzes von durchschnittlich ca. 5 %.

### Gesamthaushalt 2011

Im Folgenden möchte ich Ihnen das Ergebnis unserer Planungen und Einsparbemühungen im Einzelnen vorstellen:

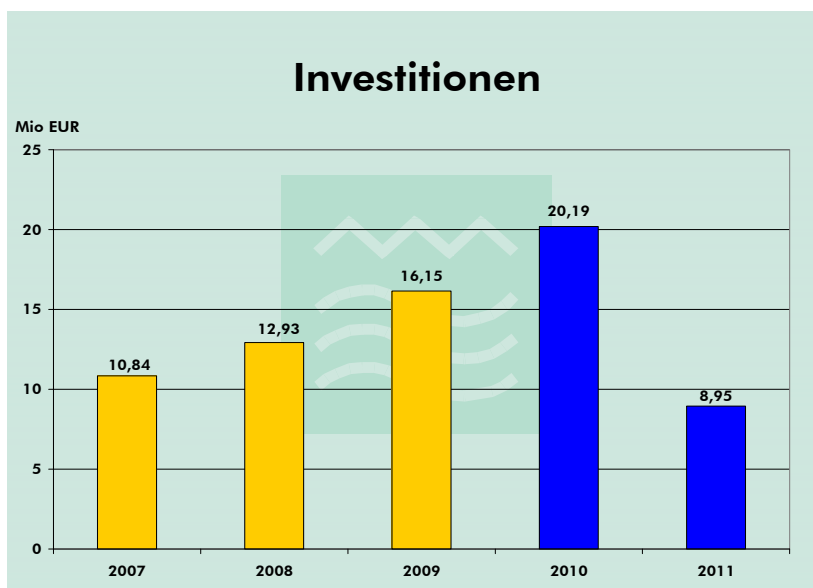
#### **1. Gesamtergebnishaushalt** (ehem. Verwaltungshaushalt)

- Gesamtergebnishaushalt beträgt 116,9 Mio.
- Aufwendungen betragen 116,4 Mio.
- Ergebnis rd. eine halbe Million Euro plus.

#### **2. Gesamtfinanzenhaushalt** (ehem. Vermögenhaushalt)

Der FinanzHH sieht Investitionen von neun Mio. EUR vor. Damit sind unsere Investitionen auf dem Tiefststand der vergangenen fünf Jahre angelangt.

Wir müssen also die Investitionen auf ein Minimalmaß reduzieren und sehr viele geplante Maßnahmen in die Folgejahre verschieben. Langfristig sind jährliche Investitionen von neun Mio. EUR eindeutig zu wenig. Zukunftsperspektive schaffen kann man nur dann, wenn genug Kapital für die notwendigen Investitionen zur Verfügung steht.



## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### Zu den Rücklagen

Durch die Umstellung des Haushalts auf die Doppik wurden alle Rücklagen aufgelöst. Das heißt, etwaige Fehlbeträge können nicht mehr darüber ausgeglichen werden. Unser „Sparbuch“ ist leer.

### Kredite

Der FinanzHH weist einen Fehlbetrag von 4,4 Mio. EUR aus. Diesen können wir nur mit einer Kreditaufnahme decken.

### Tilgung

Wir wollen weiter konservativ wirtschaften, d.h. unseren Kindern keine zu großen Belastungen übergeben. Deshalb zahlen wir 1,7 Mio. EUR an Krediten zurück.

### Neuverschuldung

Somit ergibt sich eine Nettoneuverschuldung von 2,7 Mio. EUR.

Ich möchte jetzt zu **einzelne Haushaltspositionen** kommen, die mir wichtig sind:

### **Verkehrsinfrastruktur**

Die Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader des ländlichen Raums. Gerade in einem Kreis, der einen deutlichen Auspendlerüberschuss aufweist, ist es wichtig, dass gute Verkehrswege zu den Arbeitsplätzen erhalten bzw. geschaffen werden.

Dies gilt sowohl für die Unterhaltung der Straßen, als auch für den ÖPNV mit Bus / Schiene.

### **Kreisstraßen**

Für die Erhaltung der Kreisstraßen hat die Kreisverwaltung im Jahr 2010 ein Erhaltungsmanagement aufgebaut, das eine Priorisierung der Maßnahmen ermöglicht. Insgesamt werden für die **Erhaltung** der Kreisstraßen 2,3 Mio. eingesetzt.

Zudem sind einige **Neubaumaßnahmen** geplant.

Zu nennen ist:

Fertigstellung der Maßnahme in Iselshausen, Kosten 10,16 Mio. EUR. Die neue Anbindung steht rechtzeitig zur Landesgartenschau in Nagold 2012 zur Verfügung.

- Ausbau der K 4301 zwischen OD Holzbronn u. Gültlingen 1,3 Mio. EUR.
- K 4325 Radweg zwischen Agenbach und Würzbach
- Ausbau der K 4339 zwischen Walddorf und Egenhausen.

Sie sehen also, dass wir für die Kreisstraßen das Erforderliche tun.

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

### Landesstraßen

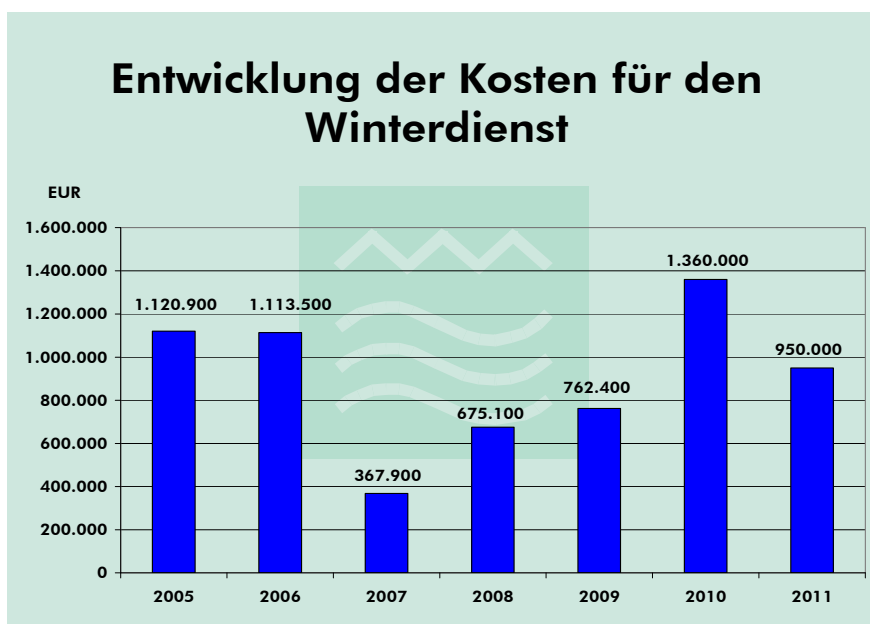
Ganz anders sieht es jedoch bei den Landesstraßen im Kreis aus. Diese befinden sich bereits überwiegend in einem absolut desolaten Zustand. Der Begriff „Flickenteppich“ ist treffend. **Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen** finden hier praktisch nicht statt.

Negative Beispiele:

- die L 338 Unterreichenbach und Grunbach
- die L 348 Talstation Bad Teinach und Neubulach usw.

Die 1,85 Mio. vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichen gerade für das Nötigste.

Bereits mehrfach angesprochen habe ich die Einsparbemühungen. Eine durchaus relevante Einsparung könnte uns ein milder Winter bescheren. Aufgrund der gleichbleibenden, wetterunabhängigen Zuweisungen von Land und Bund hat uns der Winterdienst 2010 ein Defizit in Höhe von ca. 500.000 EUR gebracht.



### Öffentlicher Personennahverkehr

Was den Nahverkehr und die Nahverkehrsplanung auf der Straße anbelangt, lege ich großen Wert darauf, dass der Landkreis hier seine Zuständigkeit als Aufgabenträger stärker als bisher wahrnimmt.

Die Einstellung eines Nahverkehrsplaners war die richtige Entscheidung. So können wir bessere und günstigere Verbindungen zwischen den Kreisgemeinden schaffen.

Beim **Schieneverkehr** haben wir mehrere Großprojekte geplant.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

- Auf der Kulturbahn werden im kommenden Jahr sechs Haltepunkte neu- oder ausgebaut. 1,3 Mio. EUR.
- Mit den Schienenverbindungen auf der Nord-Süd-Schiene des Landkreises sind wir mit der Enztal-, der Albtal- und der Kulturbahn gut aufgestellt.

### S-Bahn

Beim Schienenanschluss in Richtung Stuttgart /Böblingen werden wir nächstes Jahr ein großes Stück weiterkommen. Wir wollen für den S-Bahn Anschluss in der ersten Jahreshälfte beim Bund den GVFG-Förderantrag stellen. Parallel dazu werden wir in Richtung Planfeststellung arbeiten.

Das Geld, das wir in die Hand nehmen müssen, ist sehr gut investiert. Die S-Bahn ist für die nächsten 30 Jahre gedacht und wird für die kommende Generation keine Belastung, sondern ein Gewinn. Wenn wir einen S-Bahn-Anschluss bekommen, müssen wir diese Chance jetzt ergreifen.

Wichtig ist es, gemeinsam mit dem Landkreis Böblingen die Realisierung voranzutreiben. Mit der Gründung eines gemeinsamen Zweckverbands wollen wir dieser Partnerschaft eine feste Struktur geben. Ein weiterer wichtiger Partner bei diesem Projekt ist der Verband „Region Stuttgart“, mit dem wir gut zusammenarbeiten wollen.

Des Weiteren werden wir die Planungen für eine Schienenanbindung Nagold an die Region Stuttgart über Hochdorf und Herrenberg deutlich vorantreiben.

Diese beiden Infrastrukturprojekte sind ich für die zukünftige Entwicklung von zentraler Bedeutung. Deshalb gilt beiden Projekten hohe Priorität.

### **Wirtschaftsförderung und Tourismus**

In den Bereichen Wirtschaftsförderung und Tourismus haben wir noch einige Aufgaben zu erledigen.

Mit den neuen Mitarbeitern in diesem Bereich werden wir mit großem Engagement versuchen, positive Akzente zu setzen.

Die Tourismusstelle soll künftig die Förderung und Entwicklung des Landkreises als Erholungsgebiet steuern und koordinieren. Dazu brauchen wir andere Strukturen. Wir werden mit den Kommunen künftig stärker eigene Akzente setzen und dadurch der großen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges Rechnung tragen. Dies geschieht auch durch die Wahrnehmung einer Scharnierposition zwischen der Schwarzwald-Tourismus-GmbH und den Kommunen im Kreis.

Für die Bereiche Wirtschaftsförderung und Tourismus stehen für 2011 aktuell Projektmittel in Höhe von 30.000 EUR zur Verfügung.

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

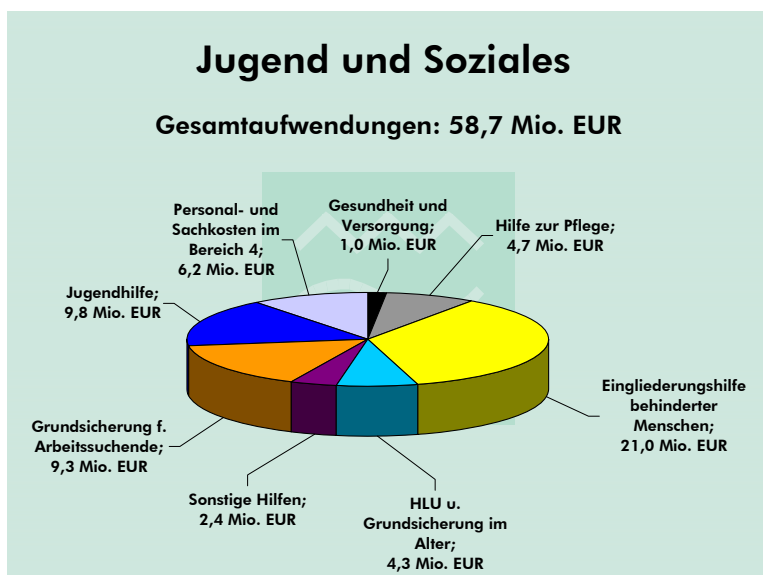
### Landesgartenschau:

Eine wunderbare Verbindung von Tourismus und Wirtschaftsförderung könnte die Landesgartenschau darstellen. Hier stelle ich mir einen Kreispavillon vor, in dem sich Gemeinden / Wirtschaft vorstellen. Hierzu werde ich Ihnen im Verwaltungsausschuss demnächst einen Vorschlag unterbreiten.

### Jugend und Soziales

Dass das Sozialbudget traditionell an der Spitze der Ausgabenpositionen steht, ist leider nicht neu. Neu ist jedoch das Tempo des Anwachsens. Wir verzeichnen zwischen 2003 und 2010 einen Zuwachs von 40 %. Die aktuellen Aufwendungen betragen 58,7 Mio. EUR.

Der Teilhaushalt Jugend und Soziales teilen sich wie folgt auf:

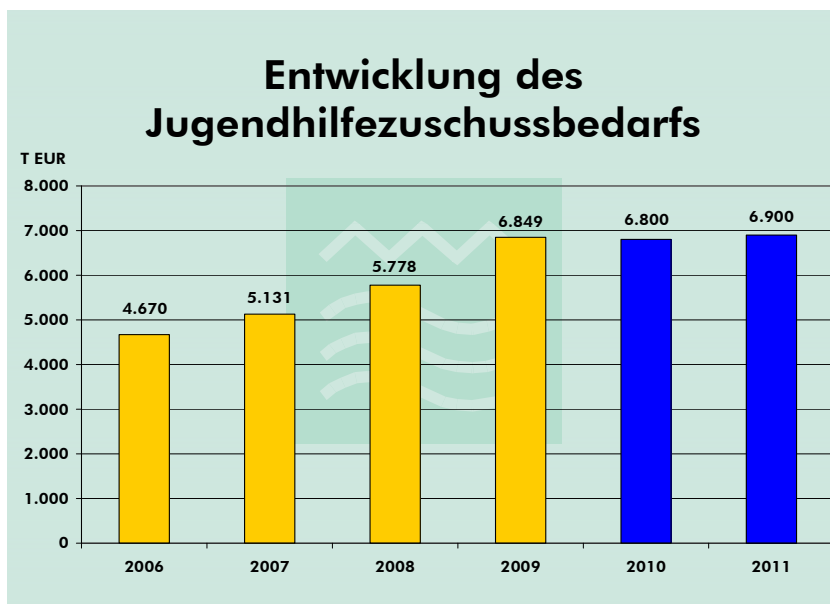


Im baden-württembergischen Landkreisvergleich belegen wir mit 290 € pro Einwohner den dritten Platz. Lägen wir nur im Durchschnitt, müsste die Kreisumlage um 7,5 Mio. EUR bzw. 5,5 Prozentpunkte angehoben werden.

Auf die größten Ausgabenpositionen möchte ich nun detaillierter eingehen.

### **Jugendhilfe**

Der Zuschussbedarf für die Jugendhilfe liegt bei 6,9 Mio. EUR, was einer Steigerung um knapp 1,5 % entspricht.

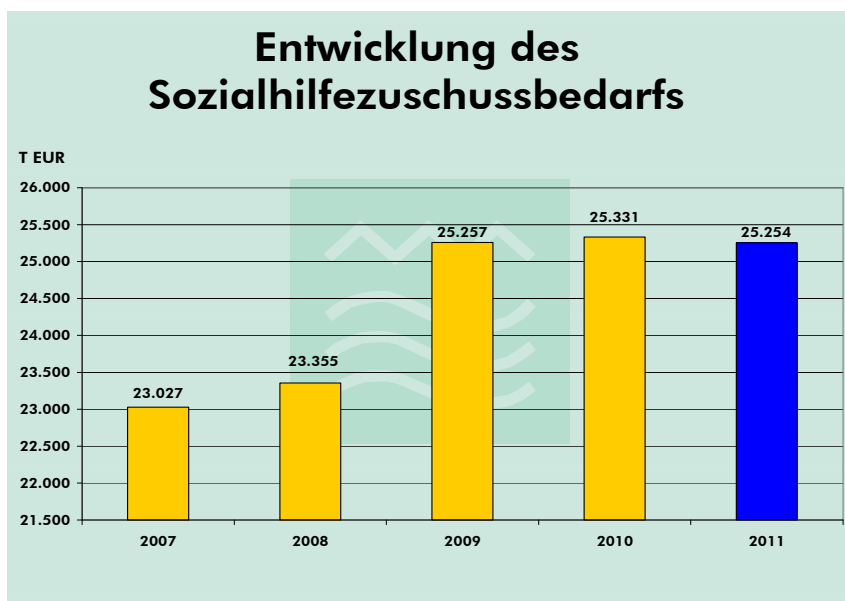


Verantwortlich für das Anwachsen der Ausgaben in diesem Bereich sind größtenteils Faktoren, die wir nicht beeinflussen können.

- Zuzug Sorgeberechtigter, deren Kinder in Heimen untergebracht werden (+ 380 €).
- Fallzahlenanstiege bei allen Hilfen zur Erziehung.

Dennoch gehen wir für 2011 **nur** von einem moderaten Wachstum aus. Grund hierfür: die Hilfestrukturen wurden verbessert. Dies geschah zum einen durch die Einrichtung unseres Fachdienstes "Erziehungspartnerschaft", zum anderen durch die Beteiligung am Modellprogramm "Jugend stärken". Mit diesem Programm erhalten wir in den kommenden drei Jahren 600.000 EUR vom Bund.

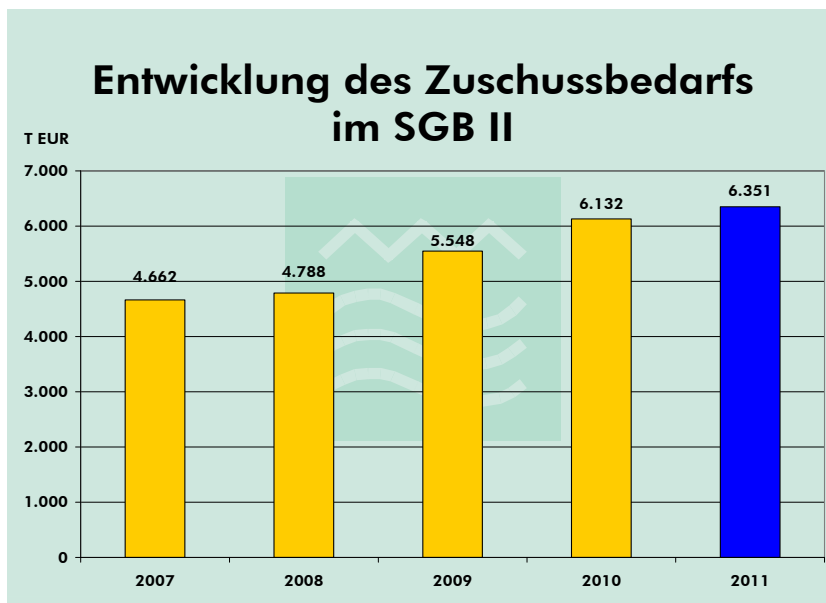
Bei der **Sozialhilfe** erwarten wir nach Jahren des Anwachsens nun eine Seitwärtsbewegung des Zuschussbedarfs. Der Ansatz beläuft sich auf 25,2 Mio. EUR.



## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010

Bereits 2012 sind allein aufgrund der demographischen Entwicklung zusätzliche Kosten zu erwarten. Deshalb beschäftigen wir uns mit der Optimierung unserer Strukturen. Und deshalb müssen wir unserer Forderung, den Bund an den Eingliederungshilfekosten zu beteiligen, Nachdruck verleihen. Wir können die stetig wachsenden Leistungen nicht mehr alleine schultern. Das Bundesteilhabegeld ist längst überfällig!

Wie in jedem Jahr ergeben sich wieder einmal Unabwägbarkeiten mit Leistungen nach dem **SGB II**. Der Bund hat seine Beteiligung an den Kosten von Unterkunft und Heizung um 160.000 € gesenkt – diese fehlen uns!



Zwar hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt entspannt, die pos. Entwicklungen kommen im Bereich des SGB II bisher nicht an. Dort blieb die Vermittlungsquote nahezu konstant.

Der Kreistag hat der Verwaltung hier Prokura erteilt. Wir werden beim Land die Zulassung als kommunaler Grundsicherungsträger beantragen. Wir setzen auf die kommunale Option und sind uns sicher, dass wir unsere gute Arbeit für die Menschen vor Ort fortsetzen können.

Der Landkreis verfügt über ein breitgefächertes Angebot sozialer Leistungen und eine leistungsfähige Sozialverwaltung. 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten und betreuen die Familien und erfüllen Ansprüche Hilfesuchender zeitnah.

Wir pflegen enge Kontakte zu den Partnern der freien Wohlfahrtspflege. Dort sind weitere 80 Fachkräfte beschäftigt, deren Personal- und Sachkosten überwiegend der Landkreis trägt. Gemeinsam betreiben wir 53(!) Beratungsstellen im Kreis.

Dass wir dafür finanzielle Mittel in größerem Umfang aufbringen müssen versteht sich von selbst. Damit tragen wir zu einem dauerhaften sozialen Frieden bei, der Voraussetzung für ein gesundes und florierendes Gemeinwesen ist.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### **Schulen**

Der Landkreis wird weiter seiner politischen Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunft ist, gerecht. Schulbildungsangebote sind ohne Frage ein wichtiger Standortfaktor für den Landkreis. Deshalb haben wir auf zusätzliche Bildungsangebote und gute Ausstattung gesetzt.

### **Investitionen in Bildung**

2010 haben wir die Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Calw mit Bausumme von 6,2 Mio. EUR abgeschlossen.

Generell waren die Investitionen im Bildungsbereich in 2010 sehr hoch. Unterstützt und beschleunigt wurden die Maßnahmen durch das Konjunkturpaket II, das uns 1,6 Mio. EUR an Fördermitteln brachte. Mit Auslaufen des Konjunkturpakets und dem Abschluss der großen Maßnahme in Calw sind die Investitionstätigkeiten in 2011 deutlich niedriger.

Um auch weiterhin die gute Qualität an unseren Schulen erhalten zu können, werden wir auch 2011 investieren.

Maßnahmen von ca. 3 Mio. EUR zeigen, dass wir unser Ziel, den Jugendlichen ein wohnortnahes, mit modernsten Mitteln ausgestattetes Bildungsangebot bereitzustellen, weiter verfolgen.

- Die Einrichtung des sozialwissenschaftlichen Gymnasiums in Nagold
- Das Berufskolleg Pflege und Gesundheit in Nagold
- Das biotechnologischen Gymnasiums in Calw

sind Meilensteine des Konzeptes.

Und wir planen für die kommenden Jahre weitere Investitionen. Unter anderem liegt aktuell ein Antrag auf Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Nagold vor.

Insgesamt gehen 6.568 Schüler auf unsere Schulen

### **Umweltschutz**

Eine zukunftsorientierte Politik wird sich künftig noch stärker dem Thema Umweltschutz widmen müssen. Die Energieagentur bei der Kreishandwerkerschaft war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Dort werden von 28 ehrenamtlichen Energieberatern Beratungen in den Gemeinden vor Ort angeboten.

Wenn man bedenkt, dass über 21.500 Gebäude im Landkreis älter als 33 Jahre sind, liegt eine große Aufgabe vor uns, um das Ziel, alle Gebäude in 50 Jahren energetisch zu sanieren, zu erreichen.

Einen Vorschlag für die Weiterentwicklung der regenerativen Energien im Landkreis möchte ich demnächst im Umweltausschuss vorstellen.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### **Klimaschutzprojekt**

Im Frühjahr 2011 möchte ich außerdem ein Klimakonzept vorstellen und mit Ihnen diskutieren. Klimaschutzkonzepte haben einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen, zu dem alle Politik- und Verwaltungsebenen der Bundesrepublik beisteuern sollten. Ich gehe sogar davon aus, dass wir langfristig von Bund und EU dazu aufgefordert werden, ein solches Konzept zu erstellen.

### **Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz**

#### **Waldschulheim**

Der Umwelt- und Klimaschutz wird auch eine wichtige Aufgabe der heranwachsenden Generationen sein. Mit dem Waldschulheim „Burg Hornberg“ haben wir eine hervorragende Einrichtung. Seit August wird das Waldschulheim saniert. Die Investition 2,9 Mio. EUR tragen Bund und Land.

#### **Verbraucherschutz und Veterinärdienst**

Die Lebensmittelkontrollen werden kommenden Jahr intensiviert. Die Zuwendungen für Verbraucherschutzaufgaben werden insgesamt um 100.000 Euro aufgestockt. Ein weiterer Lebensmittelkontrolleur wird 2011 eingestellt.

#### **Forstwirtschaft**

Die Abteilung "Forstbetrieb" bewirtschaftet die Gemeindewälder und den Staatswald. Die Betriebsergebnisse sind beachtlich. Allein im Staatswald wurde in 2009 auf 22.000 ha ein Umsatz von ca. 14,6 Mio. EUR erwirtschaftet.

Eine Million EUR wird in den "Forstlichen Hauptstützpunkt" in Bad Wildbad-Calmbach investiert. Somit werden zwei forstliche Bildungseinrichtungen mit regionaler Ausstrahlung und 20 Arbeitsplätzen gesichert.

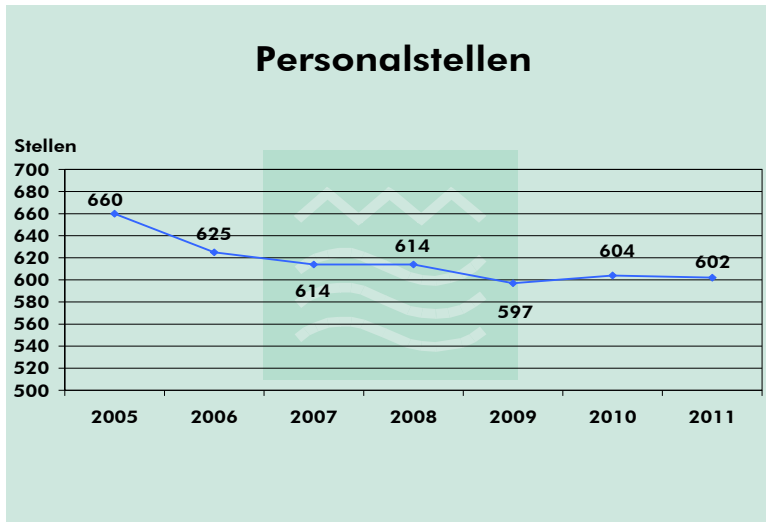
#### **Landwirtschaft und Naturschutz**

In der Abteilung „Landwirtschaft und Naturschutz“ liegt der Schwerpunkt in der Bearbeitung landwirtschaftlicher Förderanträge. 6,5 Mio. EUR an Ausgleichszahlungen fließen jährlich in die rund 600 landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis.

#### **Personaletat**

Mit über 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind wir einer der größten Arbeitgeber im Landkreis Calw.

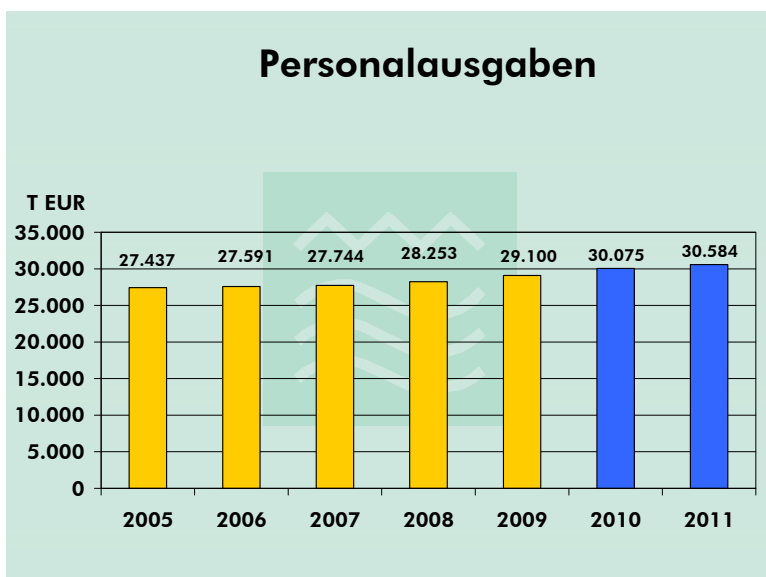
## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010



Die Personalausstattung war in den letzten Jahren ständigen Sparbemühungen unterworfen. Im Jahr 2009 lagen wir im Vergleich unter dem Durchschnittswert.

Die Personalausgaben erhöhen sich im Jahr 2011 auf 30,6 Mio. EUR, ein Plus von 0,6 Mio. EUR (+0,6), mit dieser Erhöhung könnten aber nicht einmal die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst aufgefangen werden.

Diese zusätzlichen Kosten haben wir durch Einsparmaßnahmen aufgefangen.



## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

- Wir haben beim Personal insgesamt zwei Stellen abgebaut. Obwohl wir 12 Stellen neu geschaffen.
- Wir haben eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre eingeführt.
- Die jährliche Leistungsprämie für 2011 ist ausgesetzt worden.
- Die Beförderungen für Beamte ist auf eine Gesamtsumme von 50.000 EUR beschränkt worden.

Mit all diesen Bemühungen ist es uns schlussendlich gelungen, die deutliche Erhöhung des Personalbudgets moderat zu halten.

Ich möchte mich an dieser Stelle insbesondere für die kooperative und konstruktive Mitarbeit des Personalrats bedanken.

### **Gebäudewirtschaft**

Wir werden bei den großen Gebäudekomplexen Landratsamt und Kreisberufsschulzentren den jährlichen Unterhaltungsaufwand in 2011 um einmalig 180.000 kürzen.

Am Landratsamt ist die Schaffung von weiteren 80 Parkplätzen vorgesehen. Damit soll dem Ergebnis unserer Mitarbeiterbefragung sowie zahlreichen Anregungen von Kundenseite Rechnung getragen werden.

### **Mittelfristige Finanzplanung**

Kommen wir zur mittelfristigen Finanzplanung. Hier haben wir, und damit meine ich alle Kommunen, ein großes Problem. Denn für die kommenden Jahre können wir nur „auf Sicht fahren“, d.h. wir können nur von Jahr zu Jahr planen, da wir keine sichere Planungsgrundlage mehr haben. Die Steuerkraftsumme nach Zuweisungen von Bund und Land sind nur bedingt absehbar. Derzeit gehen wir von steigenden Einnahmen für die kommenden Jahre aus.

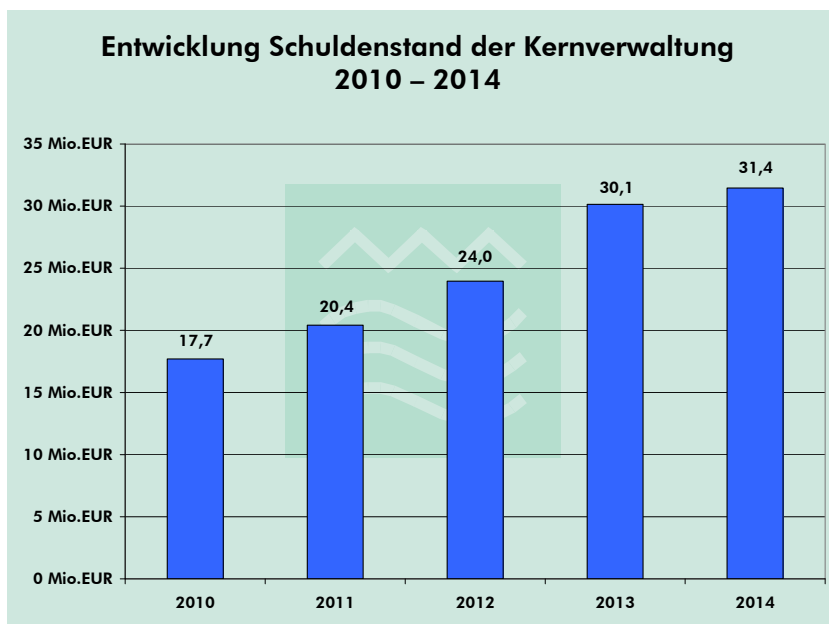
Auch ein Anstieg der Steuerkraftsumme für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 ist in der jetzigen Finanzplanung berücksichtigt.

Seit Freitag liegen die neuen Zahlen der Steuerschätzung vor. Wir gehen von steigenden Schlüsselzuweisungen aus, deren Höhe aktuell aber noch nicht berechnet werden konnte. Im Verwaltungsausschuss werden Ihnen die neuen Zahlen vorgelegt.

Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass wir hier nicht von zu optimistischen Zahlen ausgehen sollten. Das strukturelle Defizit in den Landkreishaushalten wird, Stand heute, weiter bestehen bleiben.

Nur ein stabiles und längerfristiges Wachstum und eine Reform der Gemeindefinanzen werden unsere Haushalte entlasten. Vorschläge, wie zuletzt von Minister Schäuble bzgl. der Einkommenssteuer und von Minister Stächele bzgl. der Grunderwerbssteuer, sollten geprüft werden. Jeder konstruktive Vorschlag zur Verbesserung der kommunalen Einnahmen ist eine Prüfung wert, z.B. auch Erhöhung Grunderwerbssteuer (= 50 % Kreis).

## Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010



Der Landkreis Calw wird somit auch die kommenden Jahre mit niedrigeren Einnahmen und Schulden seine Aufgaben erfüllen. Es ist unsere Aufgabe, das Notwendige zu tun und dennoch in die Zukunft zu investieren.

### Zu den Tochtergesellschaften des Landkreises

#### Abfallwirtschaftsbetrieb

Im Landkreis Calw wurde in der Vergangenheit unter der Zielsetzung „Vermeiden vor Wiederverwerten vor Beseitigen“ ein gutes abfallwirtschaftliches Hol- und Bringsystem aufgebaut.

Im Jahr 2009 gab es zwar durch den Abmangel beim Zweckverband Restmüllheizkraftwerk Böblingen Probleme. Das Ergebnis ist mit einem handelsrechtlichen Gewinn von ca. 1,2 Mio. EUR jedoch positiv ausgefallen. Aus dem Jahr 2010 erwarten wir eine Überdeckung in Höhe von ca. 655.000 EUR.

Für 2011 und 2012 rechnen wir bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) mit weiteren positiven Effekten. Im Jahr 2011 ist zwar eine Unterdeckung von ca. 1,1 Mio. EUR einkalkuliert. Diese kann jedoch im Folgejahr voraussichtlich wieder ausgeglichen werden.

Mit einer durchschnittlichen Abfallgebühr von 167 EUR für einen 4-Personen-Haushalt liegen wir in etwa im Durchschnitt der anderen Landkreise. Zudem können wir auf fünf Jahre Gebührenstabilität zurückblicken. Auch für das Jahr 2011 sind wir bestrebt, die Gebühren weiter stabil zu halten.

Unser Ziel ist es, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte die Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger wieder erbringen zu können. Dafür investiert die AWG 4,3 Mio. EUR in verschiedene Nachsorge- und Baumaßnahmen.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### **Klinikverbund Südwest**

2009 war für den Klinikverbund durch einen kontinuierlichen Wachstumsprozess gekennzeichnet, andererseits durch erhebliche Kostensteigerungen. Insbesondere die Tarifierhöhungen galt es durch Leistungssteigerungen auszugleichen. Dies ist dem Klinikverbund bei steigenden Patientenzahlen hervorragend gelungen.

Die Erträge am **Kreisklinikum Calw-Nagold** konnten 2009 gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Mio. EUR auf 66,2 Mio. EUR gesteigert werden. Es wurde ein Gewinn von 31.500 EUR erzielt. Davon abgesehen unterstützt der Landkreis nach wie vor die Kliniken Calw-Nagold und den Eigenbetrieb Immobilien durch Zins- und Tilgungsleistungen mit 1,85 Mio. EUR.

Das gemeinsame Ziel bleibt weiterhin, an allen Standorten eine wohnortnahe Krankenhausversorgung in kommunaler Trägerschaft zu erhalten und dabei eine schwarze Null zu schreiben.

#### **Standort Nagold:**

Nach den Erneuerungen bei der internistischen und urologischen Ambulanz wird die Inbetriebnahme des Linksherzkathetermessplatzes eine weitere hervorragende Neuerung sein.

Insgesamt werden in 2011 am Standort Nagold 11 Mio. EUR investiert.

Wesentliche Investitionen sind:

- Erweiterung der Radiologie
- Zentralsterilisation
- neues Parkhaus

#### **Standort Calw:**

Es konnte ein herausragender Spezialist für die neugegründete Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie gewonnen werden.

Am Standort Calw werden insgesamt 8,1 Mio. EUR investiert.

Wesentliche Investitionen sind:

- neue Schlaganfall-Schwerpunktstation
- Sanierung Intensivstation
- zusätzliche intensivmedizinische Überwachungseinheit
- Erweiterung kardiologischer Schwerpunkt

Insgesamt wird der Klinikverbund also 19,1 Mio. EUR in die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung investieren. Wir haben damit hervorragend ausgestattete Kliniken mit modernsten Geräten!

Weil die Zukunft unserer Kliniken aber auch in den Händen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte unseres Landkreises liegt, möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

Bereitschaft bedanken, die kassenärztliche Notfallpraxis im Krankenhaus Calw einzurichten. Ich hoffe, dass dieses Beispiel auch in Nagold Schule machen wird.

### **Fazit und Ausblick**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Finanzkraft des Landkreises entspricht dem aktuellen Wetter: herbstlich trüb. Dennoch bin ich mit diesem ersten Haushalt zufrieden. Wir müssen die Kreisumlage lediglich um 3,2 Prozentpunkte erhöhen. Es bedeutet zugleich, dass die Kommunen in der Gesamtsumme um 1,3 Mio. EUR weniger belastet werden. Das halte ich für sehr erfreulich.

Und wenn Sie die Zahlen genau prüfen, werden Sie feststellen:

Wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Im Gegenteil: Es ist ein Spar- und Konsolidierungshaushalt, in dem wir dennoch in den Bereichen Schulen und Infrastruktur investieren.

Aber kann uns das zufrieden stellen? Ist das unser Anspruch, den wir haben? Da sage ich Nein, weil ich mittelfristig eine Investitionssumme von neun Mio. EUR nicht für ausreichend halte. Schon jetzt sind wir mit unseren Sparbemühungen an die Grenze des Machbaren gegangen.

Doch es hilft kein Klagen. Wir müssen anpacken und in der Krise auch eine Chance sehen.

Ich danke deshalb allen, die an diesem Werk mitgewirkt haben: der Abteilung Finanzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die sich in konstruktiver Weise auf die Einsparvorgaben eingelassen haben und den Mitgliedern des Kreistages in der Haushaltsstrukturkommission.

Die Botschaft dieses Etats lautet:

Wir fahren einen Sparkurs, aber wir kümmern uns zugleich um die Zukunftsperspektiven unseres Landkreises. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen.

## **§ 5 ö**

### **Verschiedenes**

#### **Antrittsbesuch von Landrat Riegger im polnischen Partnerlandkreis Gleiwitz**

Frau Krause berichtet über den Antrittsbesuch von Landrat Riegger im polnischen Partnerlandkreis Gleiwitz, der vom 03. – 05.11.2010 stattgefunden hat. Er wurde dabei von Kreisrätin Dr. Uppers und den Kreisräten Krauss, Luz, Schwarz und Tölg begleitet. Von Verwaltungsseite nahmen die Bereichsleiter Rau und Weisser, Herr Dr. Kriek und Frau Krause daran teil. Anhand verschiedener Bilder wird das Gremium über das dortige Besuchsprogramm und die Begegnungen mit der Verwaltungsspitze und den Vertretern des Kreistags informiert.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

Landrat Riegger führt aus, er habe seinem polnischen Kollegen Nieszporek angeboten, auch das Thema Bildung in die Partnerschaft einzubeziehen, um so auch einen Jugendaustausch zu ermöglichen und die Partnerschaft mit Leben zu erfüllen. Nach seinem Antrittsbesuch habe es schon erste Kontakte zwischen den Forstabteilungen gegeben.

Kreisrat Tölg stellt fest, dass bei den bisherigen Partnerschaftstreffen stets betont worden sei, die Partnerschaft auch auf die Begegnung von Jugendlichen zu erweitern. So sei beispielsweise die Burg Hornberg für solche Treffen geeignet, wo bereits vor dem Jahr 1950 erste deutsch-französische Arbeitsgemeinschaften stattgefunden haben. Damit ein ähnlicher Jugendaustausch zwischen Deutschland und Polen ins Leben gerufen wird wie es ihn bereits seit langem zwischen Deutschland und Frankreich gibt, beantragt Kreisrat Tölg die Gründung einer Arbeitsgruppe. Diese soll ein Konzept für die Begegnung von Jugendlichen aus den Landkreisen Calw und Gleiwitz unter Einbeziehung der Jugendmusikschulen, des Sportkreises, des Verbands der Volks- und Blasmusik, der Schulen und des Internationalen Forums Burg Liebenzell erarbeiten.

Der Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag, den die Verwaltung gerne aufgreife.

Kreisrat Griebhaber merkt an, dass auf Burg Liebenzell bereits Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen stattfinden und sich die Verwaltung diesbezüglich mit Frau Gandenberger in Verbindung setzen soll.

Kreisrat Braun regt an, auch die Wirtschaft in die Partnerschaft mit einzubeziehen.

### **Leserbriefe zum Thema Stuttgart 21**

Kreisrat Griebhaber wehrt sich gegen die Äußerung von Kreisrat A. Braun, der in einem Leserbrief im Schwarzwälder Boten die Fraktion der Grünen beschuldigt habe, einseitig Stimmung gegen Stuttgart 21 zu machen. Dies ist für Kreisrat Griebhaber nicht nachvollziehbar, zumal der Fraktionsvorsitzende Schwarz in der vergangenen Kreistagssitzung in seiner Stellungnahme zur Resolution zu Stuttgart 21 sehr sachlich argumentiert habe. Dies sei kein guter Umgangsstil und diesem Gremium auch nicht würdig.

Kreisrat Kallfass trägt vor, er habe ebenfalls mit einem Leserbrief auf den Leserbrief von Kreisrat Schwarz reagiert, den die Zeitung aber nicht veröffentlicht habe. Er sei nicht damit einverstanden, dass die Grünen Ängste schüren, wonach regionale Schienenprojekte aufgrund von Stuttgart 21 nicht mehr realisiert werden könnten.

Nach Ansicht von Kreisrat A. Braun ist der Kreistag in den Leserbriefen der Grünen abqualifiziert worden. Seine Antwort daraufhin sei deshalb passend gewesen und er stehe nach wie vor zu dem was er geschrieben habe.

## **Beschlüsse aus der 09. Sitzung des Kreistags am 15.11.2010**

### Unterzeichnung der Niederschrift

Die Kreisräte Büniger und Krauss erklären sich bereit, die Niederschrift zu unterzeichnen.

**Die Niederschrift über die 09 Sitzung des Kreistags am 15.11.2010 wurde vom Vorsitzenden Landrat Riegger und der Schriftführerin Claudia Krause am 29.11.2010 unterzeichnet.**

**Gefertigt:  
Calw, den 01.12.2010**

**Elke Kirchherr**